

STELLUNGNAHME zum Antrag	Gremium:	Ortschaftsrat Durlach
Fraktion Freie Wähler	Termin:	17.09.2014
vom: 06.06.2014 eingegangen: 23.06.2014	TOP:	4
	Verantwort-	öffentlich Ordnungs- und Bürgeramt
Erweiterung Sperrbezirk; Verkehrsrechtliche Maßnahmen		

- Kurzfassung -

Die Stadtverwaltung lehnt den Antrag „Erweiterung Sperrbezirk; Verkehrsrechtliche Maßnahmen“ der Fraktion Freie Wähler vom 06.06.2014 ab.

Wir halten es nicht für zweckmäßig, den am 26.5.2014 an das Regierungspräsidium Karlsruhe eingereichten, noch entscheidungsoffenen Antrag der Stadtverwaltung auf Erweiterung bzw. Änderung der bestehenden RVO des Regierungspräsidium über das Verbot der Prostitution im Stadtkreis Karlsruhe um den Antrag der Freien Wähler zu ergänzen bzw. fortzuschreiben.

Finanzielle Auswirkungen nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>			
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch: Städtischen Haushalt <input type="checkbox"/>	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeer-
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Finanzposition: Ergänzende Erläuterungen:			
Karlsruhe Masterplan 2015 - rele-	nein <input checked="" type="checkbox"/>	Handlungsfeld:	
Abstimmung mit städtischen Ge-	nein <input checked="" type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Obwohl die vorgebrachten Gründe allesamt nachvollzogen werden können, beinhalten sie insgesamt keinen neuen Sachverhalt. Diese Argumente waren bereits Gegenstand der in der Hauptausschusssitzung vom 06.05.2014 beschlossenen Vorgehensweise. Bekanntlich hat in der Folge die Stadt Karlsruhe diesen Beschluss zum Antrag an das Regierungspräsidium Karlsruhe auf Erweiterung bzw. Änderung der Rechtsverordnung über das Verbot der Prostitution im Stadtkreis Karlsruhe formuliert und diesen mit folgendem Inhalt am 26.05.2014 eingereicht: Antrag: „Zur Tageszeit zwischen 06.00 Uhr und 22.00 Uhr soll die Prostitution verboten werden, die Schwarzwaldstraße ab der Victor-Gollancz-Strasse bis zur Ettlinger Straße und weiter die Ettlinger Straße bis zur Poststraße sollen zukünftig zum Sperrbezirk gehören“.

Im Rahmen des Antragsverfahrens bezüglich der gewünschten zeitlichen Beschränkungen der Straßenprostitution hat die Stadtverwaltung vom Regierungspräsidium Karlsruhe inzwischen den Auftrag erhalten, noch eine intensive und gebietsbezogene Prüfung durchzuführen und diese entsprechend zu dokumentieren. Diese Prüfung ist derzeit im Gange und hierbei werden nun nochmals die von Bürgerinnen und Bürgern bis dahin und auch inzwischen neu vorgebrachten Argumente berücksichtigt werden.

Wir sagen zu, bei dieser Prüfung auch die Anregungen der Freien Wähler zu prüfen und entsprechend zu würdigen. Nach Abschluss dieser Prüfungen erfolgt die Vorlage der entsprechenden Ausarbeitungen an das Regierungspräsidium zur Entscheidung.